

„Neue Spielräume nutzen“

Diskussion um A281 geht nach Urteil weiter / Monsterknoten soll entschärft werden

VON
BETTINA GÖSSLER

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat den Klagen zweier Anwohner gegen den Bauabschnitt 2/2 der Bundesautobahn A 281 stattgegeben.

LINKS DER WESER Der Planfeststellungsbeschluss für den Teilabschnitt wurde vom Gericht für rechtswidrig und nicht-vollziehbar erklärt. Zugleich machten die Richter allerdings klar, dass die festgestellten Abwägungsmängel durch ein ergänzendes Verfahren behoben werden können. Hierzu würde unter anderem die Änderung des Flächennutzungsplans gehören.

Senator Reinhard Loske: „Wir werden jetzt unverzüglich die Argumente des Gerichts auswerten und

Verbesserungen für die Anwohnerinnen und Anwohner erreichen. Ich habe die Planungsgesellschaft DEGES gebeten, ein ergänzendes Verfahren vorzubereiten, in dem insbesondere auf die klagegegenständliche Querspange verzichtet und eine anwohnerfreundliche Neuplanung des Autobahnknotens erreicht werden soll.“ Außerdem, so Senator Loske, werde es noch in diesem Jahr Gespräche mit dem Bund über die vom Gericht geforderte gemeinsame Planung des Bauabschnitts 2/2 mit der Bundesstraße 6 geben. „Dafür werde ich mich beim Bundesverkehrsminister auch persönlich einsetzen“, so Loske.

Ersehnter Schluss des Autobahnringes nicht absehbar

„Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist

überraschend, eröffnet aber Spielräume, die kurzfristig genutzt werden müssen. Der Verkehrssenator und seine Verwaltung sind deshalb nun gefordert, das Urteil schnellstmöglich auszuwerten und eine rechtssichere, veränderte Planung vorzulegen“, so der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe. Heiko Strohmann, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion, gab folgende Stellungnahme ab: „Das Gerichtsurteil ist in seiner Deutlichkeit überraschend und wirft den lang ersehnten Schluss des Autobahnringes um Bremen um Jahre zurück. Das Urteil muss jetzt als Chance begriffen werden, zügig einen verträglichen Anschluss der A 281 an die A 1 zu finden. Lösungsvorschläge liegen bereits vor. Als Sofortmaßnahme muss sich der Senat nun um eine Zufahrt zur A 281 ab Neuenlander Ring bemühen, sodass zumindest die

Menschen zwischen Kirchweg und Georg-Wulff-Straße von Staub, Lärm und Abgasen schnell entlastet werden.“

Grünen Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner sieht durch das Urteil eine neue Chance, mit einer verbesserten Planung schnell und auch kostengünstig eine adäquate Anbindung des Güterverkehrszentrums an die Autobahn 1 zu schaffen.

Die FDP-Bürgerschaftsfraktion wertet die Entscheidung als Ohrfeige für den Senat, insbesondere für Bausenator Dr. Reinhard Loske, seine Vorgänger und für die Planer.

„Endlich liegt der Ball wieder im Feld der Bürgerschaft. Querspange und Monsterknoten haben schon lange keine Mehrheit mehr. Wir begrüßen, dass der Senat damit gescheitert ist, den Planfeststellungsbeschluss in der Volksvertretung durchzudrücken“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Magnus Buhlert.